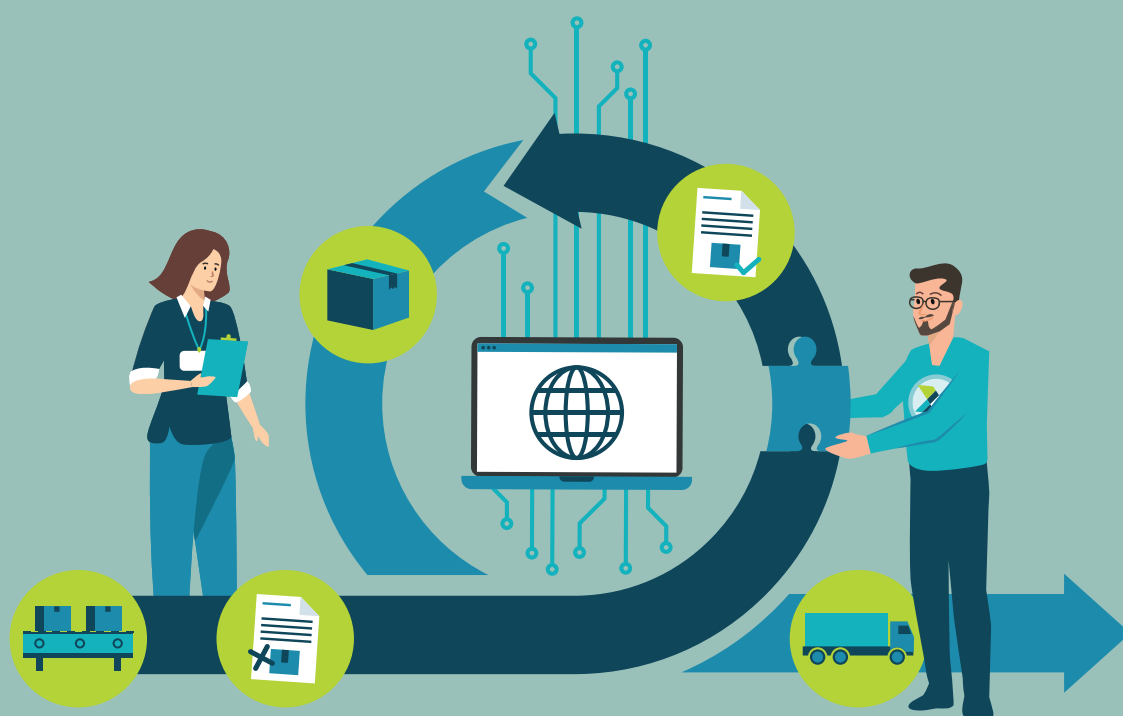


Neuordnung der Weltwirtschaft durch neue Handelsabkommen?



3

IWF: Deutsche Politik muss ihre Probleme schneller lösen

Die Bundesregierung arbeitet laut IWF-Experten momentan zu langsam.

4

Schwache Signale für einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft

Neueste Analysen sehen erst ab Jahresmitte Chancen für größeres Wachstum.

5

Top-Thema

Die Angst vor einem Wandel der globalen Beziehungen

Zollstreite und Handelsabkommen lasten schwer auf dem Rohstoffmarkt.

12

Können Freihandelsabkommen der große Wurf für Europa sein?

So wichtig aktuelle Gespräche sind: Ihre Wirkung zeigen sie erst später.



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Steht die Weltwirtschaft vor ihrem endgültigen Umbruch?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz ging es wie in jedem Jahr natürlich auch um die Zukunft der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Vertreter Deutschlands und der EU mahnten die offensichtlichen Gefahren für die transatlantischen Beziehungen an, die vom harschen Kurs des US-Präsidenten und vor allem seiner Zollpolitik ausgehen. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder etwa attestierte, dass auch die Vereinigten Staaten auf stabile Bündnisse und „Freunde“ angewiesen seien. Dass das Weiße Haus anstelle des Vizepräsidenten JD Vance den vergleichsweise europafreundlichen Außenminister Marco Rubio als ranghöchstes Mitglied des Kabinetts zur Konferenz entsandte, wurde in den Medien vielfach als verhalten positives Signal interpretiert. Währenddessen machen die weiterhin steigenden Preise vieler Rohstoffe der Industrie zu schaffen.

Mit besten Grüßen, Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3



Klare Forderungen des IWF an die Bundesregierung

NEWS 4



Status quo der deutschen Wirtschaft Anfang 2026

TOP-THEMA 5



Handelsstreite bleiben Kernrisiken des Rohstoffmarktes

CHARTS DER AUSGABE 8



METALLERZEUGNISSE 10



KURZMELDUNGEN 12



Große Erwartungen an Freihandelsabkommen



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 9 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2026 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Neuordnung der Weltwirtschaft durch neue Handelsabkommen?“ liegt der Ausgabe 04/2026 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Internationaler Währungsfonds: Deutschland braucht Reformen

Die Notwendigkeit weitreichender Reformen ist in Deutschland unumstritten. Allein die Antworten auf die Frage nach den angemessenen Reaktionen auf die andauernde Krise fallen in den verschiedenen politischen Lagern erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. Bereits innerhalb der Bundesregierung gehen die Ansichten über die richtigen Schritte weit auseinander. Die finanzpolitischen Herausforderungen sind nichts weniger als gewaltig. Einschnitte im Rentensystem, Vermögensteuer und Anpassungen im Sozialsystem sind 3 Ansätze, über die seit Beginn der Amtszeit mit harten Bandagen gestritten wird. Eine neue Einschätzung des IWF befeuerte die Diskussion im Februar nochmals.

IWF sieht großen Handlungsbedarf im deutschen System

Bis zum Jahr 2036, so die Berechnungen des Internationalen Währungsfonds, muss Deutschland eine Summe von sage und schreibe 220 Milliarden € einsparen. Dies entspricht laut dem IWF-Konsolidierungsbedarf einem Anteil von 5 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ohne umfassende Reformen sei dieses Ziel nicht erreichbar. Die Experten des IWF sehen vor allem 3 – im negativen Sinne – herausragende systemische Risiken. Zum einen geht es um den demografischen Wandel, also den Anstieg älterer Menschen, die die Renten- und Gesundheitskassen immer stärker belasten. Weiterhin würden die deutschen Zinskosten pro Jahr um 18 Milliarden € steigen. Auf internationaler Ebene sind vorrangig die dramatisch gestiegenen Ausgaben für Verteidigung relevant, da diese direkte Folge der globalen Entwicklungen sind.

Wie können und müssen Lösungen nun aussehen?

Unionsfraktionschef Jens Spahn brachte in den vergangenen Monaten mehr als einmal eine deutliche Anhebung des Renteneintrittsalters ins Gespräch und rief damit ein ums andere Mal die führenden Sozial- und Arbeitnehmerverbände auf den Plan. Eine Kursänderung bei diesem wichtigen Thema scheint für viele Experten unausweichlich. Auch für den IWF wäre eine Rentenreform der „entscheidende Hebel“ auf dem Weg zu einer Kostensenkung. Der Vorschlag: Die Rentenhöhe könnte künftig nicht mehr an der Lohnentwicklung, sondern an der Inflation ausgerichtet werden. Bis 2040 sei so eine realistische Einsparung von 1,00 % des BIP pro Jahr erzielbar. Auch eine Umstellung hin zu festen Beitragsjahren statt eines definierten Eintrittsalters ist mittlerweile kein politisches No-Go-Thema mehr. Widerstand gegen ein derartiges Umdenken gibt es sowohl beim „kleinen“ Regierungspartner SPD als auch seitens der Linken.

Steuererhöhungen bleiben eines der großen Diskussionsthemen

Weitere Empfehlungen des IWF zielten kritisch auf diskutierte Anhebungen der Einkommensbesteuerung ab. Sie seien kein

sinnvoller Ansatz zur Kostensenkung. Ratsam seien Streichungen im Bereich umweltschädlicher Subventionen und die Schließung von Lücken bezüglich der Erbschaftsteuer. Im letztgenannten Sektor sind Sonderregelungen für Firmenerben seit langem Streitpunkt zwischen Union und SPD. Der umgesetzten Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie indes gab der IWF eine schlechte Note. Höhere Steuern im Immobilienbereich und auf Alkohol könnten hingegen Alternativen zu höheren Einkommensteuern und Sozialabgaben sein, die in Deutschland ohnehin schon auf einem hohen Niveau lägen. Eine erneute Anhebung könnte Arbeitsanreize zunichtemachen.

Deutsches Wachstum gelingt nur in einem starken Europa

Offensichtlich ist, dass Deutschlands Wachstum eng an Europas ökonomische Entwicklung gekoppelt ist. Hier schließt sich der Kreis zu den Gesprächen während der Sicherheitskonferenz (MSC) in der bayerischen Landeshauptstadt. Deren Organisatoren sprachen eine unmissverständliche Warnung aus. Durch die weltweiten Krisen drohe die „Zerstörung der Weltordnung“, die letzten Endes auch den USA Schaden zufügen würde, wie es MSC-Direktor Tobias Bunde zu Beginn der Konferenz formulierte. In diesem Zusammenhang waren die klaren Worte von Markus Söder zu verstehen, der auf die Bedeutung Europas für die USA hinwies. Söders zufolge braucht es auf beiden Seiten des Atlantiks verlässliche Partner. Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) ging angesichts der partnerschaftlichen Schwierigkeiten noch einen Schritt weiter. Für ihn, aber auch für EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die „Stunde Europas“ geschlagen.

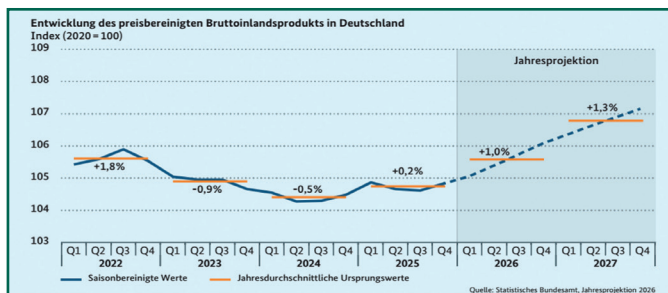
Ähnlich äußerte sich Nato-Generalsekretär Mark Rutte, der seinerseits zwischen den Zeilen Zweifel am goldenen Zeitalter der USA zum Ausdruck brachte, von dem der US-Präsident allzu gerne spricht. Richtungsweisend für Europa könnte das EU-Freihandelsabkommen sein, dessen vollständiges Inkrafttreten nach wie vor auf sich warten lässt. Ein abschließendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vereinbarkeit mit EU-Recht stand bei Redaktionsschluss aus. Bis dahin ist der Handelsteil des Abkommens lediglich vorläufig anwendbar.

Wo genau steht die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal?

Um einen objektiven Eindruck vom derzeitigen Status Deutschlands zu erhalten, lohnt sich wie gewohnt der Blick auf neueste Analysen. Das Fazit fällt in weiten Teilen sehr ähnlich aus. Die Situation ist weiterhin ernst. Bei den Wachstumsprognosen gibt es am Ende durchaus einige Unterschiede. Einige Institute zeigen sich optimistischer als die Bundesregierung, die ihre Vorhersage für 2026 zum Jahresbeginn nochmals nach unten korrigiert hatte. Einigkeit herrscht insoweit vor, dass kein Experte ein deutsches Wachstum als eine Art „Selbstläufer“ sieht. Anders gesagt: Es gibt viel zu tun. Die Herausforderungen haben sogar noch zugenommen. Systemreformen können nur ein Aspekt in einem größeren Modell zur wirtschaftlichen Erholung sein.

Erschwerte Wirtschaftsbedingungen zum Jahreswechsel

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts hat die Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2025 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Als Auslöser der schwachen Wachstumsimpulse nennen die Statistiker u. a. gestiegene private und öffentliche Konsumausgaben. Zudem zeigten sich sogenannte Bruttoanlageinvestitionen im Jahresschnitt rückläufig. Die Behörde sah in der Schlussphase des Jahres eine geringe Konjunkturbelebung. Ohne einen Positivtrend im so wichtigen Exportbereich agiert die deutsche Wirtschaft wie gehabt auf sprichwörtlich dünnem Eis. Hier sind es die fehlende Auslandsnachfrage, Zollanhebungen und die schwierige Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb, die den Druck konstant hochhalten. Die parallel erkennbaren Schwierigkeiten im Import verbessern die Ausgangslage der deutschen Wirtschaft für das neue Jahr nicht gerade.



Jahresprojektion des Bundes dämpft Hoffnung auf schnelles Wachstum (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Eine gewisse Stabilisierung verspricht sich das Bundeswirtschaftsministerium von „zunehmender Realisierung fiskalischer Impulse“. Diese könnten eine positive Entwicklung der Konjunktur im Jahresverlauf begünstigen. Überschattet würden die Wachstumsperspektiven jedoch durch eingetrübte Stimmungsindikatoren.

Folgen von Freihandelsabkommen schwer vorhersagbar

Während der Bund ein Plus des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % für 2026 erwartet, zeigt sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) etwas optimistischer. Dort gehen Analysten von einem BIP-Anstieg um 1,3 % aus. Inwieweit – besser: wie schnell – verabschiedete bzw. geplante Handelsabkommen eine Besserung der Stimmung einläuten können, bleibt zum

jetzigen Zeitpunkt offen. Wesentliche Ausbrüche dürften erst mit einem Vorlauf spürbar werden. Zudem könnte die Mercosur-Einigung eben auch andere Auswirkungen als die erhofften haben. Zwar haben andere Freihandelsabkommen bewiesen, dass sie für Entlastungen sorgen können – insbesondere beim Thema Konsum, wie der Bayreuther Professor Mario Larch erklärt. Wichtig sei, dass Verbraucher und Unternehmen auf beiden Seiten solcher Partnerschaften profitieren. Unerwünschte Effekte könnten auftreten, wenn bestimmte Produkte (beispielsweise deutsche Technik) plötzlich besonders gefragt sind. Nachfrageausbrüche könnten dann für steigende Preise sorgen.

Einzelne Branchen fürchten Benachteiligung durch Abkommen

Allzu schnelle Reaktionen auf die „frischen“ Abkommen halten die wenigsten Experten für realistisch. Eine Rolle spielt in Prognosen auch die Volatilität des Welthandels. Der erfreuliche Schwung der weltweiten Industrieproduktion etwa hatte im Schlussquartal 2025 wieder einen Dämpfer erhalten. Als kritischen Punkt führte Professor Larch hinsichtlich des Mercosur-Abkommens die Befürchtungen der Landwirtschaft an. Die Branche könnte künftig zu den Verlierern gehören. Spezialisierten sich Länder auf bestimmte Produkte, führe dies zu größerer Effizienz und entsprechenden Vorteilen am Markt. Interessant ist dabei, dass Landwirte in Europa ebenso sorgenvoll auf das Bündnis schauen wie ihre Kollegen in Lateinamerika.

Europa darf sich nicht auf dem Erreichten ausruhen

Die eingangs angesprochene Einigkeit gibt es letztlich in einem Punkt. Das Abkommen wird nicht zur einer pauschalen Zollfrei-Zone führen. In vielen Bereichen soll es sogenannte Freikontingente geben. Bei Exporten über definierte Grenzwerte hinaus sind im Gegenzug höhere Zollltarife geplant. Damit will die EU ausdrücklich den heimischen Agrarsektor schützen. Abschließend ist sicher, dass Europa und Deutschland der Aufschwung einstweilen aus eigener Kraft gelingen muss. 10 bis 15 Jahre sind Experten zufolge ein üblicher Zeitraum, bevor Handelsabkommen ihre vollständige Wirkung entfalten können. Bis dahin braucht es Geduld und gute wirtschaftliche Ideen.

TOP-THEMA

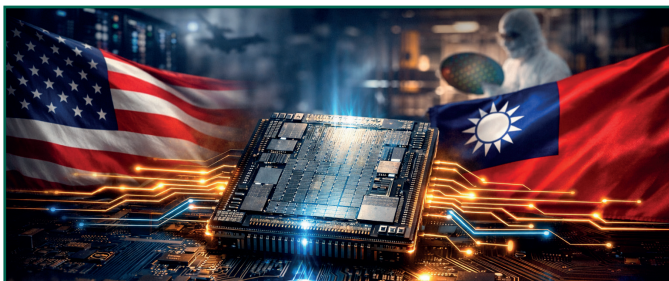
Viel Schatten und wenig Licht im Handelsstreit zum Jahresstart

Sofern es zum Start ins neue Jahr Hoffnung auf ein rasches Ende des Zollkonflikts zwischen den USA und dem gefühlten Rest der Welt gegeben hatte, wurde diese durch den US-Präsidenten frühzeitig enttäuscht. Zum wiederholten Mal. Einzelne positive Bewegungen in Gesprächen allerdings gab es durchaus, etwa in Form eines Handelsabkommens zwischen den USA und Taiwan. Dieses zielt unter anderem auf wechselseitige Erleichterungen für Exporte ab und soll darüber hinaus für zuverlässigere Lieferketten sorgen. Unklar ist, ob und wie China auf die engere Partnerschaft reagieren wird.



Taiwan bindet sich enger an die USA und den Westen

Gleichgültig dürfte Peking aus offensichtlichen Gründen nicht auf die Neuordnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder reagiert haben. Immerhin bedeutet die Einigung eine stärkere Bindung Taiwans an den Westen, während die USA der größte Mitbewerber auf dem Weltmarkt sind und sich gleichzeitig in einem harten Zollstreit mit China befinden. Aus dem Blickwinkel der Volksrepublik dürfte Taiwans Präsident Lai Ching-te politisch Öl ins Feuer gegossen haben, als er das Abkommen Mitte Februar als „Durchbruch für die exportorientierte taiwanische Wirtschaft“ titulierte. Die Einschätzung als solche ist durchaus verständlich. Denn im Mittelpunkt der Vereinbarungen steht nicht nur die relativ niedrigschwellige Deckelung vieler Zölle. Vielmehr sollen schnellstmöglich die reziproken Zölle ab dem 2. Quartal bei über 2.000 Produkten aus Taiwan vollends entfallen. Im Gegenzug können US-Hersteller künftig wesentlich vereinfacht Fahrzeuge und Agrargüter exportieren.



Die USA sichern sich besseren Zugang zu Halbleitern aus Taiwan (Quelle: KI/eigene Erstellung).

Schwerer Schlag ins chinesische Kontor beim Thema KI?

Die USA dürften ihrerseits beispielsweise den Zugang zu Chips aus Taiwan meinen, wenn von der „Verknüpfung der Schlüsselindustrien beider Länder“ die Rede ist. Im Wettrennen um die

Führungsrolle im Bereich Künstlicher Intelligenz hat der neue Vorzugsstatus der USA als Abnehmer für den Halbleitersektor des asiatischen Inselstaates durchaus Gewicht. Taiwan genießt gegenüber den Vereinigten Staaten nun denselben Status wie etwa die EU oder Japan. Freilich wären die USA nicht die USA, hätten sie nicht in erster Linie eigene Interessen verfolgt. So muss Taipeh bisher geltende Importbeschränkungen für die US-Industrie um 99 % senken.

Große Erwartungen an die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs

Auswirkungen könnte das Abkommen indirekt über den US-Markt hinaus haben. Eine Verbesserung innerhalb der Lieferketten für Halbleiter und andere technologische Erzeugnisse könnte europäischen Unternehmen auf Umwegen teilweise ebenfalls zugutekommen. Durch Partnerschaften mit US-Konzernen könnten diese in den Genuss günstigerer Preise kommen. Solange die EU an das derzeit gültige Handelsabkommen mit den USA gebunden ist, werden sich die möglichen positiven Folgen des US-Taiwan-Bündnisses eher in überschaubaren Grenzen halten. Schon deshalb blicken viele Unternehmen und Einkäufer mit Spannung auf den 20.02.2026. Dann nämlich will der Supreme Court sein endgültiges Urteil zu Trumps Zollpolitik fällen. Im Nachgang könnte die US-Regierung in die Pflicht genommen werden, um in neue Gespräche mit Partnern einzutreten.

Über einen Richterspruch gegen die umstrittenen Maßnahmen des US-Präsidenten würde sich an erster Stelle vermutlich Kanada freuen. Das Nachbarland der USA war kürzlich erneut das Ziel des eskalierenden Trump'schen Zollkriegs, der zunehmend auch auf Kritik aus den Reihen der republikanischen Partei stößt. Das Team des US-Präsidenten lotet seinerseits seit Monaten alternative Rechtsmittel zur Durchsetzung seines Kurses aus.

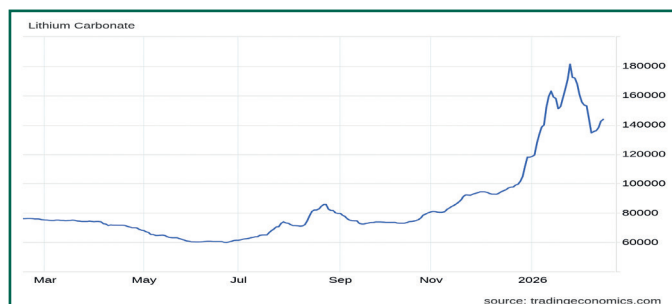
In der kommenden Ausgabe werden erste Reaktionen auf das Urteil bereits ein zentrales Thema sein. Über die tatsächlichen Konsequenzen der juristischen Einordnung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit noch länger diskutiert werden. Wie entchlussfreudig der US-Präsident sein wird, ist gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Zwischenwahlen im November dieses Jahres interessant.

Wirtschaftsängste verhelfen der EU zu zahlreichen neuen Abkommen

Insgesamt lässt sich sagen: Die Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit lässt neue Bündnisse entstehen. Viele Gespräche zu Abkommen waren zuvor über Jahre hinweg erfolglos verlaufen, konnten nun durch die Ängste jedoch umso schneller zum Abschluss gebracht werden. Die Einigung der Europäischen Union mit den lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation Mercosur verdient an dieser Stelle besondere Erwähnung. Hier hatte es rund 26 Jahre gedauert, bis sich die Verhandlungsführer einigten. Gut 18 Jahre wiederum nahm das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien in Anspruch. Zölle auf Warenexporte sollen in Zukunft in Gänze wegfallen oder auf ein Minimum gesenkt werden. Einmal mehr spielt der Begriff der „Schlüsselindustrien“ eine Hauptrolle. Durch den optimierten bilateralen Handel mit dem bevölkerungsreichsten Land will Europa mehr Diversifikation innerhalb seiner Lieferketten und der Rohstoffversorgung erreichen.

Europa will beim Rohstoffbezug schneller flexibel werden

Kohle, Eisenerz, Mangan und Seltene Erden aus Indien sollen die Abhängigkeit von China und den USA verringern. So könnten bald schon größere Mengen indischen Lithiums importiert werden. Zölle auf deutsche Autos und Maschinen sollen von vormals 110 % auf lediglich 10 % fallen. Im nächsten Schritt steht für die EU-Kommission ein Freihandelsabkommen mit Australien auf der Agenda, bei dem es ebenfalls um Lithium und Seltene Erden geht. Alternative Quellen zur Lithium-Lieferung sind wichtig, da Experten zunehmend vor einem Versorgungsdefizit in Europa bis 2030 durch steigende Importe anderer Länder – wie die USA und China – warnen. In den letzten Monaten hatte sich bei dem Leichtmetall eine Preisralle angekündigt.



Der Lithium-Kurs strebt schrittweise einen Stand wie 2024 an (Quelle: tradingeconomics.com).

Vorausgegangen war den Verhandlungen über ein Handelsabkommen ein Sicherheits- und Verteidigungspakt zwischen beiden Wirtschaftsräumen. Die Bundesregierung lobte im Februar den guten Verlauf der Gespräche, einen endgültigen Termin für die Vertragsunterzeichnung gab es bei Redaktionsschluss noch nicht. Allein die Bereitschaft zu einer Neuausrichtung der Beziehungen ist erfreulich, nachdem selbige im Kontext eines EU-US-Deals zu U-Boot-Lieferungen 2021 von australischer Seite für gescheitert erklärt worden waren. Geht es nach der EU, soll das Freihandelsabkommen im laufenden Jahr unter Dach und Fach gebracht werden. Die US-Gespräche werden ihrerseits den Dialog Europas mit Indien und Australien genau im Blick haben. Und zwar gleichermaßen wegen des US-Handelsstreits mit Brüssel und wegen eigener Beziehungen zu beiden genannten Regionen.

Auch die USA streben zukunftsweisende Abkommen an

Die bisherigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Indien wurden allzu oft als wirtschaftspolitische Eiszeit bezeichnet. Dieser Zustand soll durch ein neues Abkommen beendet werden. Das Medienecho in beiden Ländern hätte kaum größer ausfallen können. Die Reaktionen waren begründet, denn die Einigung war unter Berücksichtigung der sonst langsam mahlenden diplomatischen Mühlen ungewöhnlich schnell geglückt. Donald Trump verkündete die gute Nachricht in gewohnter Weise als Meilenstein über seine Plattform Truth Social. Zölle auf zahlreiche indische Produkte sollen von 50 auf 18 % gesenkt werden. Entfallen sollen zudem die 25-%-Strafzölle, die die USA gegen Indien zuvor wegen des Bezugs von russischem Gas und Öl verhängt hatten. In diesem Zusammenhang ist die Partnerschaft also ein eindeutiger Fingerzeig in Richtung Moskau. Der Druck auf Russland im Krieg mit der Ukraine wird weiter erhöht.

Die Vereinbarungen sind somit weniger rein freundschaftlicher Natur denn Druckmittel gegen Russland. Laut dem US-Präsidenten hatte Indiens Premierminister Narendra Modi das Ende der russischen Öllieferungen zugesichert. Einig sei man sich, endlich „Frieden in der Ukraine sehen“ zu wollen.

Bündnis zwischen Indien und den USA steht in der Kritik

Die Reaktionen auf das vorläufige Abkommen in Indien waren durchwachsen. Bauernverbände und die Opposition im indischen Parlament übten heftige Kritik. Durch den Wegfall der Zölle auf US-Erzeugnisse könnten die indische Landwirtschaft und andere Sparten in Bedrängnis geraten. Gewerkschaften sehen in der Markttöffnung eine existenzielle Gefahr für heimische Bauern; sie warnen vor einer Aufweichung des Kündigungsschutzes und des Mitspracherechts. Indiens Regierung sicherte den Schutz des Agrar- und Milchsektors zu. Anlass der Sorgen sind massive Förderprogramme der US-Regierung. Die Warnungen in Indien scheinen also nicht unberechtigt. Der Konkurrenzdruck wird durch Indiens Zusage zur Abnahme von Waren im Gesamtwert

von 500 Milliarden US-Dollar in etlichen Bereichen wachsen. US-Firmen werden profitieren, da sie künftig verstärkt nicht nur den Binnenmarkt beliefern. Dank moderner Technik und einem Höchstmaß an Mechanisierung können amerikanische Bauern im Vergleich zur indischen Konkurrenz wesentlich preiswerter produzieren. Subventionen sind schon heute ein Instrument, mit dem die USA die Weltmarktpreise künstlich kontrollieren.

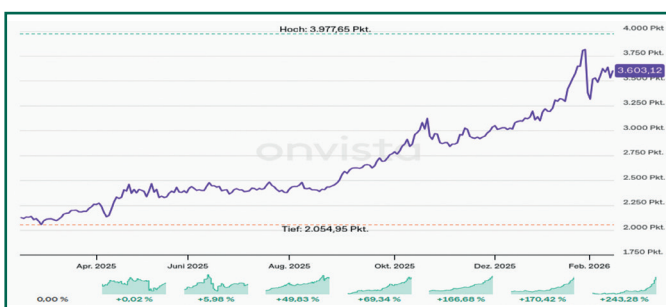
Europas Stahlmarkt leidet trotz Entspannung unter Chinas Konkurrenz

Ein wichtiges Thema für den Einkauf in der Industrie wird während des Jahres die Entwicklung der Preise auf dem Stahlmarkt sein und genau genommen bleiben. Einkäufer im Maschinen- und Anlagenbau durften sich zwar freuen, dass extreme Preisspitzen auf dem Weltmarkt nur selten in Erscheinung getreten sind. Dennoch gibt es schwerwiegende Risiken für die Produktion in Europa. Die Tatsache, dass die Branche Zeiten von „Billigstahl“ einstweilen scheinbar hinter sich hat, ändert wenig am generellen Preisdruck durch günstige Anbieter aus Fernost.

Die Trendwende hin zu klimafreundlichen Produkten, Chinas Protektionismus und Verknappungen bei Rohstoffen und Schrott bleiben Preistreiber, mit denen deutsche bzw. europäische Lieferanten kalkulieren müssen. Ursache zuletzt gefallener Kurse war zum Teil die Schwäche im Bausektor. So liegen Licht und Schatten ein weiteres Mal eng beieinander. Dazu notieren Energiepreise sehr wohl über dem Stand aus der stark kurstreibenden Zeit der Pandemie.

Gold bleibt Indikator der Probleme auf dem Rohstoffmarkt

Ein weiterer Knackpunkt sind die hohen Preise vieler für die Industrie entscheidender Rohstoffe – beispielsweise am Edelmetallmarkt. Die Prognosen der meisten Analysten gehen auf breiter Front von einer fortgeschrittenen Aufwärtskorrektur für Metallpreise allgemein aus. Gold wird dabei keine Ausnahme sein. Im Hause der Schweizer UBS könnte das Edelmetall noch weit über das momentane Niveau hinaus zulegen. Was Anlegern profitable Renditen und einen sicheren Hafen verspricht, bedeutet für die Industrie unberechenbare Mehrbelastungen. Abermals hinterlassen in Vorhersagen die kommenden Zwischenwahlen in den USA einen bleibenden Eindruck.



Der Onvista-Index sieht den Gold-Futures-Preis derzeit über 3.600 Punkten (Quelle: Onvista).

Historisch gesehen haben größere US-Wahlen immer wieder Ausbrüche des Goldkurses verursacht. Nach dem erneuten Allzeithoch über 4.500 € musste der Preis vor dem Redaktionsschluss einen Rückschlag hinnehmen, der den Kurs in den Bereich von unter 4.250 € zurückführte.



DESHALB MÜSSEN DEUTSCHE UNTERNEHMEN BESSER VORSORGEN

Die genannten Abkommen könnten Europas/Deutschlands Wirtschaft einen besseren, günstigeren Zugang zu zahlreichen Rohstoffen ermöglichen. Die grundlegende Problematik für Unternehmen und den Einkauf bleibt dennoch erhalten. Firmen sollten sich deshalb nicht auf transnationale Konzepte verlassen. Das Credo an diesem Punkt lautet: Vorsorge und Eigenverantwortung sind sinnvoller als das reine Vertrauen in staatliche Unterstützung durch Handelsabkommen. Die Suche nach eigenen Partnerschaften wird ungeachtet dessen mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.

Nicht nur für Gold zeichnet sich eine rosige Preis-Zukunft ab

In der Vorausschau sehen Marktkenner eindeutige Signale für eine stabile Tendenz in Richtung von mehr als 5.000 € mit Potenzial für eine Erholung in weitaus höhere Regionen, solange der weltweite Handelsstreit nicht beigelegt werden kann. Unter einem US-Präsidenten Donald Trump stehen die Chancen diesbezüglich schlecht. Anderen Edelmetallen wie Silber, insbesondere aber Industriewerten wie Kupfer und Zinn könnte ein Höhenflug bevorstehen, der Bewegungen aus den Krisenjahren seit 2020 noch weit übertreffen könnte. Die angesprochenen Handelsabkommen werden diese Erwartungen unterm Strich nur teilweise auffangen können.



VORAUSSCHAUENDE PARTNERSCHAFTEN KÖNNEN AUSGABEN BEGRENZEN

Vorsicht ist bekanntlich besser als Nachsicht. Dies gilt für die Industrie in besonderem Maße. Wer im Einkauf schon jetzt den internationalen Schulterschluss sucht, kann sich bereits vor Inkrafttreten der verschiedenen Handelsabkommen eine Vorzugsstellung sichern. Wie so oft, kann dies größeren Unternehmen im Hinblick auf den Einkauf besser als kleineren Betrieben gelingen. Trotzdem können auch Mittelständler Maßnahmen ergreifen, um sich nachhaltige globale Kontakte zur Sicherung stabiler und halbwegs bezahlbarer Rohstofflieferungen zunutze zu machen.

Stahlkurse steigen weiter, auch Schrottkosten setzen der Industrie zu

Einigen Quellen zufolge könnten die Stahlpreise akut leicht nachgeben. Gleichzeitig sehen Analysten in der vollständigen Einführung des sogenannten CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) für den europäischen Markt einen potenziellen Preistreiber. Der Blick auf die Marktlage zeigt, dass sich Käufer derzeit zögerlicher verhalten, was zu einer zumindest zwischenzeitlichen Phase eines Marktstillstands geführt hat. Der Stahlsektor entwickelte sich gegenüber dem Vormonat ähnlich. Alle für die Ausgabe relevanten Sorten verzeichneten ein merkliches Plus und könnten dank Nachfrageanstiegs zeitnah stabil zulegen.

Stahl: Preisentwicklungen bei ausgewählten Sorten (in €/Tonne)

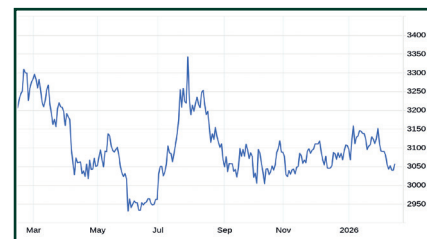
	DEZ. 2025	JAN. 2026	FEB. 2026	VERÄNDERUNG
Warmbreitband	608	621	640	3,06 %
Quartoblech	730	727	756	3,99 %
Feinblech	712	722	752	4,16 %
Betonstahl	578	581	583	0,34 %
Stabstahl	650	653	655	0,31 %
Walzdraht	662	665	667	0,30 %

Quelle: MBI Stahl Monitor, Angaben in €/Tonne

Schrottpreise 2025 (Lagerverkaufspreise, Deutschland)

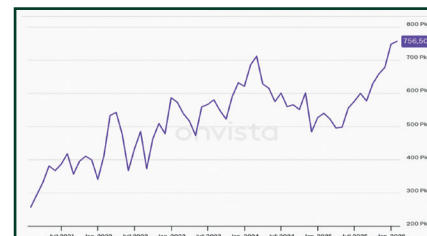
	OKT. 2025	NOV. 2025	DEZ. 2025	JAN. 2026	VERÄNDERUNG
Stahlschrott	220,3	229,4	236,1	249,5	5,68 %
Stahlneuschrott	268,5	272,0	282,5	290,8	2,94 %
Schwerer Stahlschrott	252,6	258,3	272,5	279,8	2,68 %
Schredderstahlschrott	256,0	264,2	269,4	285,0	5,79 %
Stahlspäne	224,8	229,8	233,8	244,4	4,53 %

Quelle: www.bdsv.org, Angaben in €/Tonne



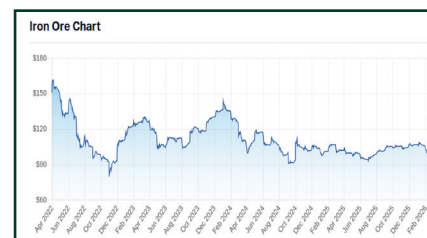
Stahl-Kassapreis

Quelle: www.tradingeconomics.com



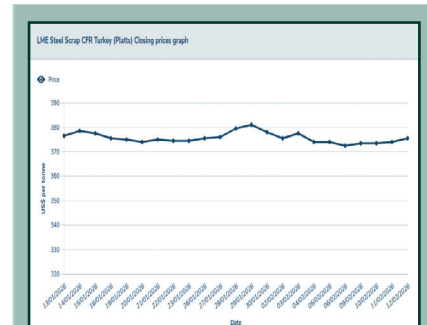
DowJones-US-Iron-Steel-Price

Quelle: www.onvista.de



Eisenerzpreise

Quelle: www.marketindex.com.au



Preise ausgewählter Schrottsorten

Quelle: www.lme.com/Metals/Ferrous/Steel-Scrap#tabIndex=2

KUPFER

Kupferpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **ROHSTOFF SUCHT ZUM STICHTAG NACH IMPULSEN** – Der Kurs des Industriemetalls konnte sich zum Redaktionsschluss auf einem satten Plus ausruhen. Ein Preis unter 11.000 Euro pro Tonne wird fürs Erste höchstens kurzfristig in Erscheinung treten. Binnen drei Monaten konnte Kupfer trotz Sorgen erneut um rund 18 % steigen.

ALUMINIUM

Aluminiumpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **DIE SCHWÄCHEPHASE SCHEINT LANGSAM ÜBERSTANDEN** – Höhenflüge deutlich über die Marke von 2.700 Euro hinaus bleiben ein durchaus denkbares Szenario. Die letzten Wochen haben jedoch gezeigt, dass die Kurskurve nicht nur eine Richtung kennt. Auf Jahressicht fällt die Tendenz für den wichtigen Rohstoff weiter positiv aus.

NICKEL

Nickelpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **15.000 EURO BLEIBEN IM ERSTEN QUARTAL DER ORIENTIERUNGSPUNKT** – Der allgemeine Marktdruck sorgt dafür, dass sich auch der Nickelpreis ungeachtet gelegentlicher Korrekturen in seiner Aufwärtsbewegung behaupten kann. Die Verluste aus der Zeit von Juni bis zur schwierigsten Phase zum Jahresende sind derzeit keine Herausforderung mehr.

BLEI

Bleipreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **DAS WARTEN AUF EINDEUTIGE INDIKATOREN HAT BESTAND** – Rund um den Bleipreis nahmen Spannungen in der ersten Phase des neuen Jahres weiter zu. Die internationalen Industrietrends werden in diesem Umfeld bis zum Frühjahr die Weichen stellen. Sowohl gegenüber dem Vormonat als auch im 3-Monats-Fenster liegt der Preis im Minus.

ZINK

Zinkpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **STABILISIERUNG AUF DEM STAND DER LETZTEN 12 MONATE** – Zink gehörte in der Zeit zum Redaktionsschluss zu den wenigen Rohstoffen, die unabhängig von den zwischenzeitlichen Bereinigungen weiterhin in der Gewinnzone lagen. Kurse von 2.900 Euro sind nicht auszuschließen. Behauptet sich der Markt, wird sich Zink weiter erholen.

ZINN

Zinnpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **EINKÄUFER SOLLTEN SICH AUF HÖHERE PREISE EINSTELLEN** – Der Rückgang unter 39.000 Euro Anfang Februar dürfte ein vorübergehendes Momentum innerhalb der Entwicklung gewesen sein. Realistischer scheint dabei eine Erholung über 42.500 Euro. Von hier aus sind größere Sprünge möglich, die sogar zu einem Allzeithoch führen könnten.

GOLD

Goldpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **KURSRALLIE MIT KLEINEN UNTERBRECHUNGEN IST ZU ERWARTEN** – Aus Anlegersicht fällt das Urteil vieler Analysten eindeutig aus: Auf die Korrektur wird wegen globaler Unsicherheiten sehr wahrscheinlich ein nochmaliger Ausbruch folgen. Ein schlechtes Zeichen für Einkäufer, die auf baldige Bestandsaufstockungen angewiesen sind.

SILBER

Silberpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➔ **DROHT DIE RÜCKKEHR IN DEN BEREICH UNTER 60 EURO?** – Das Edelmetall litt in den vergangenen Wochen unter widersprüchlichen Signalen auf dem Markt. Unsicherheiten bei Zinserwartungen trafen auf einen erwartbaren Anstieg der industriellen Nachfrage. Die Folge war hier ebenfalls ein Einbruch nach dem Hoch während des Januars.

Übersicht ausgewählter Rohstoffpreise:

	KURS	1 MONAT	3 MONATE	12 MONATE
Brent Crude Oil	56,91	1,20 %	5,10 %	-20,60 %
Light Sweet Crude	52,88	0,80 %	5,00 %	-22,30 %
Erdgaspreis - Natural Gas	2,67	-7,80 %	-32,30 %	-21,90 %
Heizöl	53,23	4,90 %	-4,80 %	-13,90 %
RBOB Gasoline	1,61	3,20 %	-3,60 %	-19,80 %
Naphthapreis	68,08	4,60 %	1,60 %	-25,10 %
Gold	4215,37	5,30 %	15,70 %	48,30 %
Silber	65,71	-15,20 %	41,00 %	104,80 %
Platin	1744,17	-14,90 %	23,90 %	79,90 %
Palladium	1408,65	-13,00 %	10,40 %	46,30 %
Kupfer	11103,03	-2,90 %	18,00 %	23,10 %
Aluminium	2659,61	-3,00 %	6,80 %	6,80 %
Nickel	14720,04	-2,80 %	15,30 %	2,00 %
Blei	1642,88	-5,30 %	-7,20 %	11,80 %
Eisenerz	88,32	---	---	-0,22 %
Zink	2662,58	2,20 %	4,70 %	6,90 %
Zinn	41706,58	1,50 %	28,90 %	37,00 %
Uranpreis Futures	89,50	7,70 %	15,11 %	32,59 %

Quelle der Rohstoffpreise: Finanzen.net, finanzen.net & Tradingeconomics

Preise für Metallerzeugnisse:

BEZEICHNUNG	OKT. 2025	NOV. 2025	DEZ. 2025	VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORMONAT IN %
Blöcke, andere Roherzeugnisse aus Kohlenstoffstahl	105,5	102,0	103,9	1,86 %
Blöcke, Rohformen u. Halbzeug aus legiertem Stahl	109,5	109,3	109,3	0,00 %
Flacherzeugnisse aus unlegiertem Stahl, >=600mm	92,6	91,2	91,4	0,22 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl <600mm	115,6	115,5	115,2	-0,26 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl >=600mm	105,6	105,1	105,5	0,38 %
Flacherzeugnisse aus and. legiertem Stahl >=600 mm	110,9	110,2	111,5	1,18 %
Flacherzeugnisse a. nicht legiertem Stahl, >=600mm	84,9	85,6	85,1	-0,58 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl, <600mm	94,0	94,9	95,2	0,32 %
Walzdraht aus nicht legiertem Stahl	98,7	97,0	96,5	-0,52 %
Stabstahl a. Stahl, nur geschmiedet, nur warmgewalzt	96,6	96,4	95,8	-0,62 %
Walzdraht, warmgewalzt, aus Wälzlagerstahl	107,4	108,3	107,1	-1,11 %
Stabstahl, warmgewalzt	111,6	109,1	108,6	-0,46 %
Offene Profile, aus unlegiertem Stahl, warmgewalzt	81,4	87,6	80,9	-7,65 %
Andere Rohre mit kreisförm. Querschnitt, aus Stahl	132,0	131,9	132,7	0,61 %
Rohre für Öl-, Gasfernleitung, geschweißt, aus Stahl	121,4	122,1	121,7	-0,33 %
Geschweißte Rohre, Außendm. >406,4 mm, aus Stahl	127,4	127,0	127,2	0,16 %
Geschweißte Rohre m. kreisförm. Querschn., Durchm.	119,2	119,3	119,4	0,08 %
Flansche, Rohrform-, -verschluss-, verbindungsstücke	136,5	136,0	136,6	0,44 %
Stäbe, Vollprofile, kaltgezo., aus n. legiertem Stahl	107,6	108,1	108,5	0,37 %

BEZEICHNUNG	OKT. 2025	NOV. 2025	DEZ. 2025	VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORMONAT IN %
Stäbe u. Vollprofile,kaltgezogen,a.legiertem Stahl	140,6	140,5	140,4	-0,07 %
Stäbe,Vollprofile,kaltgezog.,aus n. rostend. Stahl	119,3	119,0	119,2	0,17 %
Kaltgewalzte Flacherzeugn.,aus Stahl,n. überzogen	106,8	106,9	106,4	-0,47 %
Offene Kaltprofile aus nicht legiertem Stahl	95,5	95,7	95,2	-0,52 %
Sandwich-Platten aus beschichtetem Stahlblech	118,3	117,8	117,7	-0,08 %
Kaltgezogener Draht aus nicht legiertem Stahl	105,0	104,8	104,7	-0,10 %
Kaltgezogener Draht aus nicht rostendem Stahl	113,5	113,6	114,1	0,44 %
Kaltgezogener Draht aus anderem legierten Stahl	119,9	119,9	118,7	-1,00 %
Silber, in Rohform oder als Halbzeug oder Pulver	181,8	188,4	211,6	12,31 %
Gold, in Rohform als Halbzeug oder Pulver	219,4	219,3	227,3	3,65 %
Platin, in Rohform od. als Pulver und als Halbzeug	149,2	152,6	167,2	9,57 %
Aluminium in Rohform, Aluminiumlegierungen	116,1	119,1	118,8	-0,25 %
Stangen (Stäbe) und Profile, aus Aluminium	113,1	113,8	113,8	0,00 %
Bleche,Bänder aus Aluminium, Dicke>0,2mm	104,7	106,7	111,0	4,03 %
Folien,dünne Bänder,aus Aluminium, Dicke<=0,2mm	129,4	129,3	130,2	0,70 %
Blei, in Rohform	92,0	95,6	91,1	-4,71 %
Zink, in Rohform	110,2	116,3	116,2	-0,09 %
Stangen,Prof.,Draht,Bleche,Bänder,Folien, aus Zink	117,5	124,6	124,8	0,16 %
Raffiniert. Kupfer u. -leg.,in Rohf.,Kupfervorleg.	116,5	118,0	127,5	8,05 %
Stangen u. Profile aus Kupfer u. Kupferlegierungen	120,3	122,2	123,0	0,65 %
Draht aus Kupfer und Kupferlegierungen	124,1	124,7	132,4	6,17 %
Bleche,Bänder,aus Kupfer,-legier., Dicke>0,15mm	127,1	128,3	132,2	3,04 %
Rohre,-form-,verschluss-,verbind.stü.,aus Kupfer	113,6	114,9	121,6	5,83 %
Stangen, Profile, Draht, aus Nickel,-legierungen	104,1	105,1	106,7	1,52 %
Bleche,Bänder,Folien,aus Nickel,Nickellegierungen	129,3	129,2	128,9	-0,23 %
Sonstige NE-Metalle u. Erz. Daraus,Cermets,Abfälle	126,4	126,0	128,1	1,67 %
Teile aus Gusseisen mit Kugelgraphit	120,2	120,1	119,9	-0,17 %
Teile aus nicht verformbarem Gusseisen (Eisenguss)	124,6	124,9	124,4	-0,40 %
Teile aus Stahlguss	130,4	130,3	130,8	0,38 %
Teile aus Leichtmetallguss	118,1	118,1	118,0	-0,08 %
Teile aus Buntmetall-/Schwermetallguss	123,0	123,0	123,1	0,08 %
Vorgefert. Gebäude aus Eisen, Stahl oder Aluminium	136,4	136,1	135,6	-0,37 %
Türme und Gittermaste, aus Eisen oder Stahl	136,9	138,9	135,1	-2,74 %
Andere Konstruktionen,Konstrukt.teile,Bleche,Stäbe	125,9	126,7	126,6	-0,08 %
Tore, Türen, Fenster, Rahmen aus Eisen, Stahl	128,7	128,7	128,7	0,00 %
Heizkörper f. Zentralheiz.,n. elekt. Beheizt,Teile	123,5	123,6	124,5	0,73 %
Zentralheizungskessel für die Warmwassererzeugung	127,0	127,0	127,0	0,00 %
Tanks, Sammelbehälter, Fässer, Bottiche >300l	124,1	124,4	124,5	0,08 %
Behälter f. verdicht. od. verflüss. Gase,aus Eisen	122,0	122,0	121,6	-0,33 %
Dampfkessel f. Heißwasser-,Niederdruckdampferzeug.	127,0	127,0	127,0	0,00 %
Hilfsapparate f. Zentralheizungskessel,Dampfkessel	134,5	134,5	134,5	0,00 %
Teile für Dampfkessel, Hilfsapparate für Kessel	117,2	117,2	117,2	0,00 %
Freiformschmiedestücke,Kaltfließpr.teile,aus Stahl	125,1	124,7	124,7	0,00 %
Gesenkschmiedeteile aus Stahl und NE-Metall	123,8	123,6	123,4	-0,16 %
Blechformteile, aus Stahl und NE-Metall	115,6	115,5	115,5	0,00 %
Überzüge von Metallen	123,3	124,2	124,7	0,40 %
Wärmebehandlung v. Metallen (oh. metall. Überzüge)	128,1	128,1	128,1	0,00 %
Andere Veredlung von Metalloberflächen	125,8	125,6	125,6	0,00 %
Drehteile aus Metall	113,0	113,0	113,0	0,00 %
Andere Mechanikleistungen, a.n.g.	121,2	123,1	127,3	3,41 %

KURZMELDUNGEN

Können Abkommen für Europa eine echte Erfolgsgarantie sein?

Die „Welt“ titelte Anfang Februar, dass Deutschland neue Freunde braucht, um die derzeitige Krise zu überwinden. Unbegründet war diese Bewertung des wirtschaftlichen Status sicher nicht. Für die größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union ist das Drängen auf weitere neue Freihandelsabkommen selbstverständlich maßgeblich. Das EU-Abkommen mit den Mercosur-Staaten soll den Weg zur größten internationalen Freihandelszone der Welt ebnen. Nützlich könnte das Bündnis für Konsumenten sein, weshalb Experten eine schnelle Realisierung fordern. Die Stiftung Wissenschaft und Politik befand sich dahingehend in guter Gesellschaft anderer Verbände. Aber kann neben den Endkunden tatsächlich auch die deutsche Wirtschaft in wesentlichem Umfang profitieren? Langfristige positive Auswirkungen sind nicht garantiert.

„Made in Europe“ soll zum Qualitätsmerkmal werden

Europa hat inzwischen erkannt, dass es sich nicht nur auf stabile Partnerschaften verlassen darf. Das zeigt die von Brüssel ausgeführte Strategie „Made in Europe“. Diese soll den Binnenmarkt nach außen stärken. Der Ansatz erntete nicht nur Zuspruch. Stéphane Séjourné gehört zu jenen Vertretern der Gemeinschaft, die sehr wohl negative Aspekte der Strategie erkennen. Die EU sei schlecht beraten, auf einen harschen protektionistischen Kurs nach dem Vorbild der USA zu setzen. Eine strikte Bevorzugung heimischer Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe etwa sei nicht ratsam. Aus diesem Grund kündigte Séjourné an, Ende Februar ein eigenes Gesetz vorlegen zu wollen. Dieses soll statt purem Protektionismus auf Gleichstellung europäischer Unternehmen im Wettbewerb mit den USA und China setzen.

Produkte aus Europa sollen wieder für Qualität stehen, wie es über Jahrzehnte für deutsche Waren (Stichwort: „Made in Germany“) galt. Séjournés Stimme hat Gewicht, besetzt er doch das wichtige Amt des Kommissars für die europäische Industrie.



Europa will durch Handelsabkommen den Aufschwung sicherstellen (Quelle: jorono/Pixabay).

Internationale Auftragnehmer zu Investitionen zwingen?

Zurückhaltend hinsichtlich des „Europa First“-Konzepts äußert sich bis dato das deutsche Wirtschaftsministerium. Wie Séjourné kann sich die Behörde einen anderen Weg vorstellen. Erhalten Unternehmen öffentliche Brüsseler Gelder in Form von Subventionen oder Ausschreibungen, könnten diese Mittel an obligatorische Investitionen in Europa gebunden werden. Dies würde mehrheitlich nahezu automatisch dazu führen, dass öffentliche

Aufträge ohnehin größtenteils an deutsche oder europäische Unternehmen gehen. Chinesische und US-amerikanische Auftragnehmer in spe sind bekanntlich nur in Ausnahmefällen an Investitionen in der EU interessiert. Falls doch, möchten sich diese vermutlich nicht ihre Investitionspolitik diktieren lassen.

Deutsche Industrie berichtet von anhaltenden Exportsorgen

Dass sich Europa etwas einfallen lassen muss, zeigen Trends der deutschen Exporte und anderer Mitgliedsländer der EU. Deutschlands Exportwirtschaft wächst trotz einiger Zwischenerfolge nur langsam. Als Grund sehen Wirtschaftsinstitute vorrangig US-China-Handelskonflikte sowie Zölle, die sich merklich auf die Bilanzen auswirken. Im Mittelstand sind die Klagen über gesunkene Ausfuhren von Autoteilen besonders laut zu vernehmen. Clemens Fuest, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, stellte im letzten Monat nochmals klar: Eine vollkommene Unabhängigkeit Europas von den USA kann es nicht geben. Séjournés „europäische Präferenz“ erhielt Unterstützung von mehr als 1.000 Unternehmen. Rolf Langhammer vom Kiel Institut für Weltwirtschaft bewertet den Weg als faktischen Protektionismus und Verstoß gegen geltendes Recht. Genauer: gegen das „in der Welthandelsordnung verankerte Prinzip der Inländerbehandlung“.

Abkommen sind wichtig, aber kein alleiniger unmittelbarer Gamechanger

DIW-Forschungsdirektor für Industriepolitik Martin Gornig hält die Mischung aus EU-Protektionismus und neuen Abkommen ebenfalls für riskant. Länder wie Indien würde eine derartige Doppelstrategie abschrecken. In Einzelbereichen wie der Chipproduktion oder im Rüstungssektor könne „Made in Europe“ hingegen erfolgreich sein. Bei Energie und Rohstoffen seien Freihandelsabkommen geeignet, Wachstum zu schaffen. Durch niedrigere Zölle und abgebaute Handelshemmnisse könnte Europa gemeinsam mit seinen Partnern Lösungen für die Wirtschaftskrise finden. Gornig zeigte sich mit Blick auf das EU-Indien-Freihandelsabkommen sowie das Mercosur-Abkommen dennoch etwas skeptisch. In der aktuellen volatilen Lage der Geopolitik sei „einseitiges Setzen auf globalen Freihandel eine Hochrisikostrategie“.